



Forum

für **Universität und Gesellschaft**

Universität Bern



SCHWEIZ: SOVERÄNITÄT NEU DENKEN

Veranstaltungsreihe
Winter 2023/24

u^b

b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Editorial

Liebe Leser:innen

Gemeinhin besteht die Souveränität eines Staates darin, dass er selbst entscheiden kann, was im Inneren sowie in den Beziehungen zu anderen Staaten geschehen soll. Was heisst das in einer Zeit der beschleunigten Globalisierung? Was bedeutet das für ein Land, das abhängig ist von Rohstoffen (zu 100 Prozent), Energie (zu 70 Prozent), Nahrungsmitteln (zu 50 Prozent) aus dem Ausland und das mit den globalen Finanz- und Rohstoffmärkten verbunden ist wie kaum ein anders Land?

Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine oder der Abbruch der Verhandlungen mit der EU haben die Frage nach der nationalstaatlichen Souveränität ins Bewusstsein einer breiten Bevölkerung geführt. Die Befunde sind gegenläufig: Die globale wirtschaftliche Abhängigkeit und Konkurrenz wird hinterfragt, gleichzeitig wird das Zusammenstehen der westlichen Nationen gegen Russlands Aggression als stabilisierend erlebt. Der Kleinstaat Schweiz ringt um seine Positionierung und den Grad seiner Einbindung.

Das Forum für Universität und Gesellschaft hat das Thema «Souveränität» in einer vierteiligen Veranstaltung im Winter 2023/2024 aufgegriffen und in verschiedenen Facetten vertieft. Die vorliegende Publikation umfasst alle Referate und ermöglicht einen strukturierten Zugang zu den verschiedenen Referaten und Diskussionen.

Wir bedanken uns bei allen Personen, die zum Gelingen beigetragen haben. Ebenso gilt unser Dank den institutionellen Trägern, der Universität Bern sowie der Stiftung für Universität und Gesellschaft.

Forum für Universität und Gesellschaft

Inhalt

Einführung: Regula Rytz	4
Souveränität im Recht und in der schweizerischen Geschichte	6
Aussenpolitische Gewaltenteilung: <i>Thomas Cottier</i>	
Interne und externe Souveränität: <i>Samantha Besson</i>	
Bundesverfassung als institutionelles Rahmenabkommen: <i>André Holenstein</i>	
Demokratische versus epistokratische Souveränität: <i>Oliver Zimmer</i>	
Neue Lösungen dank dynamischer Rechtsanpassung: <i>Luzi Bernet</i>	
Souveränität und Sicherheitspolitik	14
Souveränität und Kooperation: <i>Joachim Adler</i>	
Alpen als strategische Schnittstelle: <i>Georg Häslar</i>	
Souveränität und Handel	18
Abhängigkeit von Finanz- und Zahlungssystemen: <i>Christoph König</i>	
Globalisierung schafft Wohlstand: <i>Patrick Dümmler</i>	
Aktive Vorreiterrolle der Schweiz: <i>Andreas Missbach</i>	
Souveränität und Energie	24
Volkswirtschaftliche Kosten der Energieversorgung: <i>Konstantinos Boulouchos</i>	
Die Schweiz im Strom-Mittelpunkt: <i>Jörg Spicker</i>	
Energieanlagen für die Zukunft erneuern: <i>Barbara Egger-Jenzer</i>	
Wird es ernst, kann die Politik auch agil: <i>Aline Trede, Roger Nordmann, Beat Rieder</i>	
Souveränität neu denken	32
Rückkehr der Machtpolitik: <i>Katja Gentinetta</i>	
Kleinstaat braucht Kooperation: <i>Manfred Elsig</i>	
Fortlaufende Abwägung nötig: <i>Fabio Wasserfallen</i>	
Nachhaltigkeitsziele hochhalten: <i>Elisabeth Bürgi Bonanomi</i>	
Nachhaltige Beziehung zu Europa pflegen: <i>Jeremy Borel</i>	
Drohenden Wohlfahrtsverlust abwenden: <i>Tobias Frehner</i>	
Die Souveränität neu denken: <i>Katja Gentinetta</i>	40
Referent:innen / Moderation / Projektgruppe	44
Impressum	46



Das Play-Symbol verweist auf die entsprechenden Video-Inhalte.

Sämtliche Aufnahmen und Unterlagen zur Veranstaltung sind auf unserer Website abrufbar: www.forum.unibe.ch/souveraenitaet



Souveränität neu denken: eine Einführung



Wir freuen uns sehr, dass Sie sich mit uns zusammen für ein Thema interessieren, das auf den ersten Blick so trocken zu sein scheint wie ein Militärgüterzi.

Souveränität. Also das Selbstbestimmungsrecht eines Staates und seiner Bürger:innen bei der Festlegung von Spielregeln für das Zusammenleben. Dazu kommt gegen aussen die Unabhängigkeit von den Einflüssen anderer Staaten. Ob es in der Schweiz Atomkraftwerke oder einen Elternurlaub gibt, entscheiden wir ganz allein und nicht unsere Nachbarländer. Das tönt logisch und vernünftig. Weshalb also diskutierten wir an vier Samstag-Morgen mit Fachleuten aus Wissenschaft, Medien, Politik und Verwaltung über ein neues Bild von Souveränität?

Ganz einfach: Weil zwischen der Theorie und der Realität von Souveränität ein immer grösserer Graben klafft. Was bedeutet Souveränität im Zeitalter von beschleunigter Globalisierung und neuer Blockbildung? Wie souverän ist ein Land, das Antibiotika nur noch aus China beziehen kann? Und Gas aus Russland, einem Land, das einen völkerrechtswidrigen, brutalen Angriffskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung führt? Können wir souverän sein auf Kosten von anderen?

Eine wichtige Frage, gerade in der Schweiz. Denn seien wir ehrlich: Die schweizerische Idee der Souveränität ist sehr stark von einem Gefühl des Sonderfalles geprägt. Ein kleines Land, verschont von Krisen und Konflikten. Ein kleines Land, in die

Watte seines Wohlstandes eingepackt. Ein kleines Land, das sich im Notfall immer in ein Reduit zurückziehen kann.

Doch diese Zeiten sind vorbei. Spätestens in den Corona-Jahren ging die Gewissheit einer speziell-schweizerischen Immunität verloren, schrieb die NZZ kurz vor den nationalen Wahlen vom 22. Oktober 2023. Das Privileg des Verschontseins bröckelt, ähnlich wie die majestätischen Berge im Klimawandel. Was nun, kleines Land? Wie selbständig und eigenständig wollen wir in einer Welt voller globaler Krisen sein? Und wo haben wir die Souveränität als Idee, aber auch als Realität längst aufgegeben?

Genau das wollten wir in unserer Veranstaltungsreihe ausloten. Dafür werden auch unsere Gäste sorgen. Die Mitglieder der Projektgruppe «Souveränität neu denken» haben nämlich ganz bewusst unterschiedliche Blickwinkel auf unser Thema und die entsprechenden Fachleute gesucht. Denn wir wissen, dass Erkenntnis immer aus Auseinandersetzung wachsen muss.

Regula Rytz, Vizepräsidentin Forum für Universität und Gesellschaft

Souveränität im Recht und in der schweizerischen Geschichte

Hut auf dem Kopf und Augenhöhe

Diplomatische Verstimmungen sind kein Phänomen der Gegenwart. Im Vorfeld der Schwurzeremonie vom 18. November 1663 in der Kathedrale Notre-Dame von Paris hatten die Eidgenossen darauf bestanden, für sich die «Ehr dess hut-aufsetzens» in Anspruch zu nehmen. Als höchste Repräsentanten souveräner Freistaaten wollen sie im diplomatischen Zeremoniell König Ludwig XIV. auf Augenhöhe begegnen. Der sogenannte Allianzteppich hält das Ergebnis fest: Johann Heinrich Winkler, Bürgermeister der Stadt Zürich und Leiter der eidgenössischen Gesandtschaft sowie Anton von Graffenried, Schultheiss von Bern, stehen dem König gegenüber – barhäuptig. Die Herren Eidgenossen mussten ihre Hüte als Zeichen der Ehrerbietung schliesslich ziehen; dem König allein gebührte es, seinen Kopfschmuck zu tragen. All dies, obwohl die Unterzeichnung des Westfälischen Friedens in Münster am 15. Mai 1648 den Dreissigjährigen Krieg beendete und vielen gleichzeitig als Geburtsstunde der Souveränität der Eidgenossenschaft gilt.

Marcus Moser



Aussenpolitische Gewaltenteilung

« Heute ist die Souveränität innenpolitisch kein Problem mehr, wir haben eine gewaltenteilige Gesellschaft. Interessanterweise haben wir diese Trierungen der Gewalt aussenpolitisch nicht. Die Souveränität in der Aussenpolitik wird immer noch absolut verstanden. Es gibt keine Institutionen, welche diese Souveränität kontrollieren. Und dort, wo es Ansätze gibt, wie in der EU oder in internationalen Organisationen, haben wir immer sofort das Souveränitätsargument, das entgegengesetzt wird.

Wir brauchen heute in der Aussenpolitik, ähnlich wie es in der Innenpolitik war, Antworten, wie man zur Gewaltenteilung kommt, wie man die Aufgabenverteilung lösen will. Es sind haargenau die gleichen Probleme, wie die Kantone nach dem Sonderbundskrieg diskutiert haben, als es darum ging, Kompetenzen an den Bund zu übertragen.



Prof. em. Dr. Thomas Cottier
Universität Bern, World Trade Institute



Referat auf Youtube



Referat auf Youtube



Interne und externe Souveränität

« Ce qu'on oublie cependant c'est très important de comprendre, c'est que la souveraineté ou cette conception absolue, exclusive et illimitée de la souveraineté est une conception normative. Ce n'est pas une conception conceptuelle, ce n'est pas quelque chose qu'on peut simplement observer ou stipuler. C'est quelque chose qu'il faut argumenter dans un sens ou dans un autre. Et j'en veux pour preuve qu'au sein des états donc en matières de souveraineté interne, ça fait longtemps que nous avons compris que la souveraineté est relative, multiple et limitée. [...] Mais ce qui est curieux c'est que ce débat sur la souveraineté interne n'a pas encore été suffisamment exporté à la souveraineté externe.



Prof. Dr. Samantha Besson
Universität Fribourg & Collège de France



Referat auf Youtube

Bundesverfassung als institutionelles Rahmenabkommen

« Die Umwandlung des Corpus helveticum zuerst zum Staatenbund und dann zum Bundesstaat ist eine revolutionäre Transformation der politischen Verfassung der Schweiz, basierend auf einem Kompromissvorschlag, den Ulrich Ochsenbein in die Verhandlungen um die Bundesverfassung von 1848 einbrachte: Das Zweikammersystem sollte den Ausgleich zwischen den radikalen Verfechtern eines starken, zentralistischen Einheitsstaates und den konservativen Anhängern einer starken kantonalstaatlichen Souveränität mit möglichst schwacher Bundesgewalt bringen.

Das ist der Grund, weshalb ich die Bundesverfassung gerne als das institutionelle Abkommen der Schweiz bezeichne. Der entscheidende Artikel 3 der Bundesverfassung lautet «die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind».

Anders formuliert: Ohne die Überwindung des absoluten Souveränitätsverständnisses im Sinne der alleinigen kantonalstaatlichen Souveränität zu Gunsten einer geteilten, kooperativen Souveränität gäbe es keine moderne Schweiz.



Prof. em. Dr. André Holenstein
Universität Bern, Historisches Institut

Demokratische versus epistokratische Souveränität

« Im Streit um die Souveränität im 19. und 20. Jahrhundert gibt es zwei Grundverständnisse, die miteinander im Konflikt liegen. Das eine ist ein demokratisches, das andere ein eher epistokratisches Verständnis (Herrschaft der Wissenden (Red.)). Wenn wir die Internationalisierung des Rechts fordern, dann müssen wir uns auch mit der Frage der epistokratischen Legitimation von Souveränität auseinandersetzen.



Prof. Dr. Oliver Zimmer
Centre for Research in Economics,
Management and the Arts Crema



Referat auf Youtube

Neue Lösungen dank dynamischer Rechtsanpassung

« Die Bilateralen waren beileibe kein unbedeutendes Arrangement der Schweiz mit der EU. Sie haben uns die Personenfreizügigkeit mit all ihren Vor- und Nachteilen beschert. Und sie haben uns die Assoziierung an Schengen/Dublin gebracht. Gerade dies ist unter dem Gesichtspunkt der Souveränität hochinteressant: Mit Schengen/Dublin hat die Schweiz der dynamischen Rechtsanpassung zugestimmt, die in den jüngsten Debatten um das Rahmenabkommen so viel zu reden gegeben hat. Man hat in einem bestimmten Ausmass nationale Souveränität abgetreten, aber Schengen/Dublin hat uns gleichzeitig neue Instrumente in die Hand gegeben, die kaum jemand mehr missen möchte und die meines Erachtens im Interesse der Schweiz liegen, vor allem im Bereich der Sicherheit.



Luzi Bernet

Ehem. Europakorrespondent,
aktuell italienkorrespondent NZZ



Referat auf Youtube



Neutralität: Kooperativ? Absolut? Zeitgemäss!

«Neutralität heisst nicht abseits zu stehen», betonte Bundesrat Ignazio Cassis in seiner Eröffnungsrede am 23. Mai 2022 zum WEF in Davos: «Der staatspolitische Zwilling unserer Neutralität war und ist denn auch die Solidarität». Angesichts des Angriffskrieges Russland gegen die Ukraine gebe es für die Schweiz eine klare Haltung, und diese sei die «kooperative Neutralität» betonte Cassis. Er hatte die Rechnung ohne seine Bundesratskolleginnen und -kollegen gemacht. Diese wiesen im September 2022 den Neutralitätsbericht samt «kooperativer Neutralität» zurück. Die Suche nach einer zeitgemässen Neutralitätskonzeption war damit allerdings nicht vorbei. Zwar hatte sich die Schweiz inzwischen den EU-Sanktionen gegen Russland angeschlossen, aber Unverständnis und Ärger gegenüber einer als unsolidarisch empfundenen Waffen- ausfuhrpolitik als Folge des strikten Kriegs- materialgesetzes blieben gross. Gleich von mehreren Seiten, allerdings mit unterschiedlichen Stossrichtungen: Die SVP initiierte flugs eine Initiative für eine umfassende Neutralität. Andererseits ging die Suche nach Lösungen angesichts des wachsenden Unverständnis' befreundeter Länder gegenüber der Schweiz auch im hiesigen Parla- ment weiter. Nach zähem Ringen wurde dem Rückverkauf stillgelegter Kampfpanzer Leopard 2 A4 an den Hersteller Rheinmetall in Deutschland schliesslich zugestimmt. Die deutsche Bundesregierung hatte zuvor zugesichert, dass die Panzer nach Wieder- inbetriebstellung in Deutschland oder bei NATO- oder EU-Partner verbleiben und nicht an die Ukraine geliefert werden würden. Am 30. Januar 2024 wurden die ersten 9 von 25 Kampfpanzern mittels Bahntransport an die Rheinmetall Landsysteme GmbH überführt.

Marcus Moser



Souveränität und Kooperation

« Wir sind souverän, indem wir die Möglichkeit haben, die Verteidigung der Schweiz zunächst einmal eigenständig zu organisieren, und je nach politischem Willen und Dringlichkeit auch die Kooperation einzugehen, wenn wir uns einer Bedrohung gegenübersehen, die wir alleine nicht bewältigen können.

Die Souveränität ist somit sicherheitspolitisch nicht der Alleingang, nicht die Autarkie im Verständnis von Selbstverteidigung. Es ist nicht das Entweder-oder, sondern das Sowohl-als-auch.



Dr. Joachim Adler
Chef Verteidigungspolitik und Einsätze,
Generalsekretariat VBS, Sicherheitspolitik



Referat auf Youtube



Referat auf Youtube



Alpen als strategische Schnittstelle

« Strategisch entscheidend für Europa sind die Meere. Was hat das mit der Schweiz zu tun? Meere sind jeweils Verbindung und Trennung zugleich. Die genau gleiche Funktion hat unser Alpenraum. Wir liegen auf einer strategischen Schnittstelle, und unsere Souveränität über diese Schnittstelle ist der Wesenskern unserer eidgenössischen Souveränität seit dem Mittelalter. Wenn wir über Sicherheit und Sicherheitspolitik sprechen, dann geht es um genau diesen Aspekt. Und dessen müssen wir uns bewusst sein.



Georg Häsler
Sicherheits- und Militärexperte
der «Neuen Zürcher Zeitung»

Souveränität und Handel

Kein Wandel trotz Handel?

Beim Globalisierungsindex schwingt die Schweiz oben aus. 2022 belief sich der Exportüberschuss auf einen Wert von über 40 Milliarden Franken, wobei 75 Prozent des Handelsvolumens mit nur 5 Ländern erreicht wurden: EU (45%), USA (16%), China (6%), UK (5%) sowie Hongkong (3%). Aber der Druck auf die Schweiz, sich zu positionieren, steigt. Und zwar von innen, wie von aussen. Wie stark soll die Binnenwirtschaft geöffnet werden? Wie können die bilateralen Beziehungen mit Europa erhalten respektive weiterentwickelt werden? Welche neuen Freihandelsabkommen können abgeschlossen werden? Andersherum: Nimmt die Schweiz angesichts der Stärke ihres Finanz- und Handelsplatzes ihre internationale Verantwortung überhaupt wahr? Zu welchen Werten steht sie? Will die Schweiz Regulierungsoase oder aber ein Teil Europas sein? Welche politische Souveränität bräuchte es, damit sich die Schweiz souverän eine solidarische Rolle in der Weltwirtschaft geben könnte?

Marcus Moser





Referat auf Youtube

Abhängigkeit von Finanz- und Zahlungssystemen

« Das Finanz- und Zahlungssystem ist sehr stark digitalisiert, das beeinflusst die Souveränität. Als Beispiel sind die grossen globalen Cloud-Anbieter zu nennen. [...] Es ist bemerkenswert: von den zehn grössten Informationstechnologiefirmen weltweit ist nur eine in Europa angesiedelt. Die Finanzinstitute brauchen diese Technologie und sind auf Datenanbieter angewiesen, mit dem Risiko entsprechender Abhängigkeit in Zukunft. [...] Der Krieg in der Ukraine, die zunehmenden Spannungen zwischen China und den USA wie auch die Ereignisse im Nahen Osten haben diese Abhängigkeiten noch einmal offengelegt. Sie waren aber niemals verschwunden.



Christoph König
Stv. Staatssekretär,
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)

Globalisierung schafft Wohlstand

« Wir sind ein sehr stark globalisiertes Land. [...] Die Einkommensgewinne aufgrund der Globalisierung werden allein für die Schweiz für den Zeitraum von 1990 bis 2018 auf rund 44000 Euro pro Kopf geschätzt. Zumindest bezogen auf die Schweiz hat Globalisierung Wohlstand gebracht. Die internationale Arbeitsteilung schafft, wirtschaftlich betrachtet, grosse Vorteile.



Dr. Patrick Dümmler
Senior Fellow und Forschungsleiter Offene Schweiz,
Avenir Suisse



Referat auf Youtube



Aktive Vorreiterrolle der Schweiz

« Die Schweiz könnte sich souverän eine andere Rolle in der Weltwirtschaft geben, als sie heute einnimmt. Sie könnte eine aktive Rolle bei der Erarbeitung einer UNO-Steuerkonvention spielen. [...] Die Schweiz könnte eine Rohstoffmarktaufsicht einführen und sie könnte sich international für ein Rohstoff-Regime einsetzen. [...] Sie könnte mit der internationalen Entwicklung der Konzernregulierung mitziehen und sie könnte angemessene Mittel für die internationale Zusammenarbeit und für die Klimafinanzierung zur Verfügung stellen.



Dr. Andreas Missbach
Geschäftsleiter Alliance Sud



Referat auf Youtube



Schaltzentrale mitten in Europa

Das europäische Stromnetz hat seinen Ursprung in der Schweiz: 1958 wurden im «Stern von Laufenburg» die Stromnetze von Deutschland, Frankreich und der Schweiz zusammengeschaltet. Grund: Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg der Stromverbrauch explosionsartig; nationale Insellösungen waren den Erfordernissen von Physik und Konsument:innen nicht mehr gewachsen. Inzwischen ist das europäische Stromnetz die grösste menschengemachte Maschine der Welt, grösser als die Stromnetze in den USA oder in Russland. Die Schweiz ist mit 41 Leitungen mit dem Ausland verbunden und ein wichtiger Stromtransit-Korridor, insbesondere zwischen Deutschland und Italien. Letzteres ist indes bestrebt, durch neue Leitungen und in Verhandlungen alternative Transitrouten aufzubauen.

Die Schweiz ist aktuell auf Stromimporte im Winter angewiesen, eine Entwicklung, die sie mit anderen Ländern in der EU teilt. Bund und Kantone wollen die Stromproduktion mit Fördermassnahmen ankurbeln, Stichworte hierfür sind Solarexpress oder Netzexpress. Dennoch werden konkrete Vorhaben häufig durch Verbandsbeschwerden verzögert oder scheitern an der Urne. NIMBY eben – not in my backyard.

Marcus Moser



Volkswirtschaftliche Kosten der Energieversorgung

« Bei der Versorgungssicherheit geht es um Fragen wie: Haben wir genug von etwas, das wir brauchen? Wer bietet es an? Können wir diversifizieren? Gibt es für den Notfall Ersatzmöglichkeiten? Und auch um die Frage nach den Kosten und der Wirtschaftlichkeit. [...] Insbesondere eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz beteiligt sich am internationalen Handel und die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unserer Industrie und Dienstleistungsfirmen ist sehr wichtig. Bei der Transformation des Energiesystems, die sich über Jahrzehnte hinzieht, geht es deshalb nicht nur um die Frage nach den Energiekosten, sondern auch um die volkswirtschaftlichen Kosten.



Prof. em. Dr. Konstantinos Boulouchos
ETH Zürich, Präsident der
Energiekommission der Akademien Schweiz



Referat auf Youtube



Referat auf Youtube

Die Schweiz im Strom-Mittelpunkt

« Das Stromsystem, das von Portugal bis seit einigen Jahren einschliesslich der Ukraine synchronisiert betrieben wird, ist die grösste menschengemachte Maschine der Welt. [...] Wir haben hier schon seit Jahrzehnten eine hohe Stromversorgungsqualität. Die Schweiz ist im Mittelpunkt, und es gibt keine Grenzen. Weil wir so eingebunden sind in dieses Netz, können wir in der Schweiz nicht eigene Regeln definieren, nach denen der Stromimport oder -export funktioniert.



Dr. Jörg Spicker
Senior Strategic Advisor, Swissgrid

Energieanlagen für die Zukunft erneuern

« Die KWO produziert seit beinahe hundert Jahren zuverlässig erneuerbare Energie und wird dies auch noch in den nächsten hundert Jahren tun. Das verpflichtet aber die Betreiber, sich intensiv mit der zukünftigen Situation bezüglich Stromproduktion, Netzstabilität, Klimawandel und Biodiversität zu befassen, damit wir eine verlässliche Grundlage haben für zukünftige Investitionsentscheide. Wir müssen unsere Anlagen rechtzeitig für die Zukunft fit machen. Das ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der langen (Gerichts-)Verfahren eine der grössten Herausforderungen für die KWO in den nächsten Jahren.



Barbara Egger-Jenzer

Verwaltungsratspräsidentin KWO, a. Regierungsrätin





Wir brauchen ein Stromabkommen

« Wir brauchen ein Stromabkommen. [...] Ich glaube, das ist eine riesige Chance im Verhandlungsdialog mit der EU. [...] Wir haben eine gewisse Dringlichkeit [...] und brauchen ein gutes Abkommen. [...] Es gibt keine Grenzen im Stromsystem, wir sind mittendrin und haben ein grosses Potential für die Speicherung und für Netzstabilität mit unserer Wasserkraft in der Schweiz. »

Aline Trede
Nationalrätin und Fraktionspräsidentin Grüne Partei



Eigene Interessen verteidigen

« Wir brauchen das Stromabkommen mit der EU. Die Energiewende ist sicherer und weniger teuer, wenn wir das Abkommen haben. Der Status Quo ist nicht möglich, weil sich die EU aus Kosten- und Sicherheitsgründen immer stärker integriert und zu einem einzigen Stromraum wird. Wir sind mitten in diesem Netz, und wenn wir unsere Interessen nicht verteidigen können, haben wir grosse Sicherheitsprobleme. »

Roger Nordmann
Nationalrat SP

Winterstrom aufstocken

« Was machen wir im Falle einer europaweiten Strommangellage? [...] Das ist das Kernproblem, und da gibt es nur eine einzige Antwort: Die Schweiz muss dafür sorgen, dass sie im Winterhalbjahr mehr speichern kann. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und unser Geschäft im Inland machen. [...] Deutschland beispielsweise ist kein Stromexporteur mehr im Winterhalbjahr. [...] Wir sind jetzt von den AKW in Frankreich abhängig, das ist eine völlig neue Situation. Sonst produziert im Winterhalbjahr niemand mehr genügend Strom. [...] Wir müssen unsere Leistung bringen und unbedingt die Grosswasserkraft im Winterhalbjahr aufstocken. »

Beat Rieder
Ständerat Die Mitte



Souveränität neu denken

Souveränität? Klar – bloss welche?

Am 25. März 2024 wurde eine neue Attraktion in Betrieb genommen: die Vigezzina – Centovalli Bahn. Allerdings im Massstab 1:25; das Original stammt von 1923. Ort des Geschehens: Swissminiatur in Melide. Die Verkleinerung erhöht die Übersicht ungemein, die bereits kleine Schweiz präsentiert sich hier in ihren Gebäuden und Bahnen im Modellformat. Gleichzeitig widerspiegeln die detailgetreuen Miniaturdarstellungen die Vielfalt und sind auch als Metapher für die Vielfalt der Meinungen und Interessen der Schweizer Bevölkerung interpretierbar. Geht es um die Souveränität, driften die Vorstellungen auseinander. Während die einen von Zusammenarbeit und Verflechtung sprechen, betonen die anderen Abgrenzung und Eigenständigkeit. Souverän sein – ja, bitte. Bloss – wie?

Marcus Moser





 Referat auf Youtube

Rückkehr der Machtpolitik

« Der Moment jetzt markiert ein Ende der Illusionen – ein Ende der Freiheit, der Stabilität, des Friedens, des Westens. [...] Wir sind in einer Welt, in der die alte, westfälische Souveränität wieder da ist, und auch eingefordert wird. Die Souveränität des gleichberechtigten Nebeneinanders, die Souveränität der Nicht-Einmischung, die Souveränität als Gewaltmonopol nach Innen und nach Aussen. Jean Bodin und Thomas Hobbes haben genau diese Form der Souveränität in Zeiten des Krieges entwickelt und es ist kein Zufall, dass genau diese Art der Souveränität heute wieder aktuell ist. Es ist eine Souveränität, in der letztlich das Primat der Macht vor der Sachpolitik gilt. Es geht darum, die Einflussosphäre zu sichern und fremde Einmischung zu unterbinden.



Dr. Katja Gentinetta
Politische Philosophin, Publizistin, Kolumnistin;
Lehrbeauftragte Universitäten Zürich und Luzern

Kleinstaat braucht Kooperation

« Ich finde die grundsätzliche Idee, Souveränität ausbauen zu wollen, wenig sinnvoll im 21. Jahrhundert. Souveränität war schon immer eingeschränkt [...] und es war häufig auch eine Illusion. [...] Der Kleinstaat braucht Kooperation, es braucht verlässliche Partner in all diesen Politikfeldern, wo die Herausforderungen gross sind.



Prof.Dr.Manfred Elsig
Universität Bern,
World Trade Institute WTI

 Referat auf Youtube





Referat auf Youtube

Fortlaufende Abwägung nötig

« Es gibt die Abwägung zwischen Souveränitätsverlust und Kooperationsgewinn. Der Verlust an politischer Eigenständigkeit ist nicht statisch und wir müssen uns darüber unterhalten, wie er minimiert werden kann. Wir sollten das Argument ernster nehmen, dass die politische Eigenständigkeit durchaus reduziert wird, uns aber intensiver mit der Frage beschäftigen, wie wir mit dieser Situation umgehen. In der Hoffnung, dass der Verlust etwas kleiner wird.



Prof. Dr. Fabio Wasserfallen
Universität Bern, Institut für Politikwissenschaft

Nachhaltigkeitsziele hochhalten

« Wir sollten nicht vergessen, dass wir draussen in der Welt einen Rechtsraum haben und eine politische Agenda, die versucht, die Welt zusammenzuhalten. [...] Eine zentrale globale politische Agenda ist die Nachhaltigkeitsagenda der UNO mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen. Diese Agenda ist heute immer noch gültig und sie setzt Zielgrößen für eine lokale und globale nachhaltige Entwicklung. [...] Während die Ziele gemeinsam sind, sind die Wege dorthin jedoch unterschiedlich. [...] Klar und anerkannt ist, dass kein Staat die Ziele erreichen kann, wenn er vor allem nach Innen schaut. Die Aussenwirkungen der politischen Entscheidungen sind ebenso relevant.



Dr. iur. Elisabeth Bürgi Bonanomi
Universität Bern, Centre for Development and Environment CDE



Referat auf Youtube



Nachhaltige Beziehung zu Europa pflegen

« Wir brauchen eine nachhaltige Beziehung zu Europa. Die europäische Union institutionalisiert sich und wir sollten unsere Beziehungen mit Europa auch institutionalisieren und nicht immer neue Bilaterale verhandeln. Ein Rahmenabkommen ist eine gute Lösung. »

Jeremy Borel

Vizepräsident Junge Grünliberale Schweiz



Drohenden Wohlstandsverlust abwenden

« Das grosse Schreckgespenst im Raum ist nicht der Souveränitätsverlust oder die dynamische Rechtsübernahme, sondern der schwindende Wohlstand. Das müssen wir den Leuten erklären, schliesslich wird jeder zweite Schweizer Franken im Ausland verdient, und das meiste davon in der EU. Wir können uns nicht als Insel einmauern und erwarten, dass wir wohlstandsmässig gleich unterwegs sind wie vorher. Aber wir müssen aufpassen, dass wir die verschiedenen Akteure an den Tisch holen und gemeinsam Lösungen erarbeiten können. »

Tobias Frehner

Präsident Jungfreisinnige Kanton Bern



Schweiz: Die Souveränität neu denken

Der völkerrechtswidrige russische Überfall auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 markiert für viele eine Zeitenwende. Das Forum bat die Politphilosophin und Autorin Katja Gentinetta zu einer Interpretation der schweizerischen Souveränitätsdiskussion vor diesem Hintergrund.

Von Katja Gentinetta

«Die «Zeitenwende» ist eine Zäsur. Waren die Jahrzehnte seit dem Mauerfall geprägt von der Vorstellung, dass sich Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft dauerhaft und global durchsetzen würden, markiert der Einmarsch Russlands in die Ukraine ein Ende dieser Illusionen. Auch ist die Idee vom «Wandel durch Handel», wonach auf eine wirtschaftliche Verflechtung die Demokratisierung gleichsam automatisch folgt, gescheitert. Kriege gehören – auch auf europäischem Boden – nicht der Vergangenheit an. Das System der kollektiven Sicherheit ist mit dem Verstoss Russlands gegen die UN-Charta gefährdet.

Die Geopolitik steht also auf der politischen Agenda wieder ganz oben. Russland bedroht Europa; China erhebt Anspruch auf die Vorherrschaft im asiatischen Raum; die Türkei vermittelt zwischen Russland und der Ukraine und unterstreicht ihren Anspruch als Regionalmacht zwischen Ost und West; die Konkurrenz zwischen Indien und China wird an der langen gemeinsamen Grenze mitunter auch hart ausgetragen. Die Pax Americana und damit die westliche Vorherrschaft neigen sich dem Ende zu. Autokraten weltweit manifestieren ihr Selbstbewusstsein, und sie schrecken auch vor Gewalt als Mittel der Politik nicht zurück.

Der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler geht in seinem neuen Buch «Welt in Aufruhr» (2023) davon aus, dass sich aus dieser Weltunordnung fünf regionale Pole herausbilden werden – ein Gleichgewicht der Mächte, das sich in der Geschichte offenbar immer wieder bewährt hat, besser als uni- oder bipolare Ordnungen. In Zukunft könnten dies sein: die USA (weiterhin) und Europa (hoffentlich) auf der demokratischen Seite, sodann China (neu) und Russland (da weiterhin eine Bedrohung), sowie

Indien (als Zünglein an der Waage). Es führte zu weit, diese These im Einzelnen auszuführen. Entscheidend für unseren Kontext ist die Frage, was dies für das Verständnis von Souveränität bedeutet.

Die Wiederentdeckung der westfälischen Souveränität

Münklers Antwort darauf ist eindeutig: Hegemonen denken in Einflussphären. Sie schaffen Abhängigkeiten, perfektionieren ihr Powerplay und sichern ihre Macht. Sie machen ihren Einfluss geltend und sorgen dafür, dass andere sich aus ihrer Sphäre heraushalten. Sie fordern somit die alte, westfälische Souveränität wieder ein. Es ist die Souveränität des gleichberechtigten Nebeneinanders, der Nichteinmischung, des Gewaltmonopols nach innen und aussen.

Die ursprüngliche Idee der Souveränität ist damit wieder hoch aktuell. Jean Bodin definierte sie als Festigung der Autorität nach innen durch Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung; für Thomas Hobbes bestand die zentrale und einzige Aufgabe des Souveräns darin, für Sicherheit zu sorgen, und zwar nach innen wie gegen aussen. Nicht zufällig entstanden beide Theorien in Zeiten von Kriegen: Bodin schrieb seine *Six livres de la république* (1576) im Zuge der Religionskriege; Hobbes verfasste seinen *Leviathan* (1651) aufgrund seiner Erfahrungen im englischen Bürgerkrieg. Etabliert wurde diese Form der Souveränität im westfälischen Frieden 1648 nach dem Ende des 30-jährigen Kriegs: als Prinzip der wechselseitigen Nichteinmischung.

Nun lässt sich einwenden, dass diese westfälische Souveränität seither immer galt. Tatsächlich bestand dieses Grundverständnis fort, wurde jedoch – nach 1989 und unter westlicher Führung –



aufgeweicht. Als Beispiel sei die *Responsibility to Protect*, kurz R2P, genannt, die im Jahr 2005 beschlossene UNO-Resolution, die es den Vereinten Nationen erlaubt, in innerstaatliche Konflikte einzugreifen, wenn ein Staat selbst nicht in der Lage oder Willens ist, seine Bevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Die Resolution kam im Bürgerkrieg von Libyen 2011 erstmals zum Einsatz. China und Russland enthielten sich der Stimme, kritisierten aber zusammen mit Indien und Brasilien «die Einmischung westlicher Staaten in die inneren Angelegenheiten Libyens». Ihr Stimmverhalten zeigt deutlich, wie sehr nicht-westliche Staaten eine Einmischung durch westliche Staaten über das UNO-System in ihre Innenpolitik befürchten.

Wir haben es bei der Souveränität also mit einem normativen Konflikt auf der internationalen Ebene zu tun, der so rasch nicht gelöst werden dürfte.

Klar ist, dass die aufstrebenden und unter ihnen die autokratischen Mächte die Gewinner einer solchen Normenverschiebung sind: Im besten Falle können sie – um es überspitzt zu sagen – in ihrem Innern schalten und walten wie sie wollen; im schlechtesten Fall müssen sie sich die lästigen Rügen und Aufforderungen des Westens, die Menschenrechte zu beachten oder demokratische Institutionen einzuführen, immerhin anhören, bevor sie diese unbeeindruckt ad acta legen.

Der Westen hingegen verliert doppelt: Nicht nur muss er sich das Scheitern seiner liberalen Mission eingestehen. Mehr noch gerät er in ein Werte-

dilemma, was die anderen Mächte angeht: Heisst es nun einfach wegschauen? Oder – worum man sich bisher drücken konnte – echte Konsequenzen ziehen? Etwa: Auf Handel mit diesen Staaten verzichten? Und damit auf billige Waren, grosse Absatzmärkte sowie Rohstoffe und Ressourcen überhaupt? Auf den Dialog als zentrales Instrument der Aussenpolitik ist in einem multipolaren Powerplay jedenfalls kein Verlass.

Hinzu kommt, dass sich die Aussenpolitik in Demokratien ungleich schwieriger gestaltet als in Autokratien. Nicht nur, weil in letzteren gar niemand nach seiner Meinung gefragt werden muss, sondern vielmehr, weil mit Aussenpolitik keine Wahlen zu gewinnen sind – die eigenen Interessen gehen im Zweifelsfall immer vor. Umgekehrt können Autokratien mit aussenpolitischen Avancen, vor allem Störmanövern – das heisst: Kriegen – von inneren Problemen ablenken und die nationale Einheit forcieren.

Am meisten aber verlieren in einem solchen System die Menschen: Jene, die ihren autokratischen Herrschern ausgeliefert sind, zuallererst aber auch jene in den Demokratien, die – häufig zum ersten Mal in der Geschichte – spüren werden, in welchem Mass ihr Wohlstand auf einer stabilen und für den Handel offenen Welt beruht.

Ad-hoc-Koalitionen statt internationaler Kooperation

Aus globaler Sicht schliesst sich die Frage an, wie sich in einem solchen Machtgefüge globale Herausforderungen angehen lassen. Die Vermutung,

dass sich konkurrierende Hegemonen nur schwer in gemeinsame Vorhaben einbinden lassen, liegt nahe. Dies zeigt sich beispielsweise am Kampf gegen die globale Erwärmung. Im Sinne einer «planetarischen Notwendigkeit» kann zwar durchaus von einem gemeinsamen Interesse die Rede sein. Bei der Umsetzung stehen sich jedoch – bereits heute und in einem Konkurrenzmodell voraussichtlich noch verschärft – ökonomische, geographisch bedingte und damit geopolitische Interessen gegenüber.

Auch aus diesen Erfahrungen etablieren sich seit geraumer Zeit verschiedene Formen von Ad-hoc-Koalitionen, die sich für spezifische Aufgaben zusammenfinden: «Kontaktgruppen», «Freundschaftsgruppen», «Koalitionen der Willen», «Clubs». Es sind Kooperationen, die gerade nicht auf bestehenden internationalen Organisationen aufbauen, sondern separate Strukturen bilden, sich nur geringfügig institutionalisieren und auch nur auf Zeit bestehen wollen – so lange, bis das gemeinsam gesteckte Ziel erreicht ist. In der Forschung wird dieser Trend als «Informalisierung», als «counter-multilateralism» oder gar als «effektiver Multilateralismus» bezeichnet.

Solche Ad-hoc-Formationen organisieren sich exklusiv. Ihr Zusammenschluss basiert auf einem gemeinsamen Interesse, geregelt in einer Mitgliedschaft mit Rechten und Pflichten, Privilegien und Beiträgen. Sie verlangen kein Abtreten von Souveränität, wohl aber die Verpflichtung, die gemeinsamen Regeln einzuhalten. Ein Austritt ist möglich, aber auch ein Ausschluss. Entscheidend ist der Zugang. Ohne Einladung geht nichts, und um diese muss man sich bemühen. Ein Recht auf Zutritt gibt es nicht.

Angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Trends ist nicht auszuschliessen, dass derartige Ad-hoc-Kooperationen das bestimmende Muster der Zusammenarbeit von Staaten im 21. Jahrhundert werden. Was ideal – weil möglicherweise effektiver – klingt, hat aber auch seine Schattenseiten: Solche Formationen sind durch nichts legitimiert – ausser durch die Bereitschaft der Mitwirkenden. Sie entbehren jeglicher völkerrechtlichen Grundlagen. Sie sind exklusiv – und damit ein bevorzugtes Instrument der mächtigen Staaten. Als Beispiel seien etwa die verschiedenen G's genannt – die G7, G8 oder auch die G20, die sich als «wichtigstes Forum für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit» bezeichnet und sich explizit mit Finanzfragen befasst. Die Schweiz, obwohl auf Platz 20 der Rangliste der grössten Volkswirtschaften und ein wichtiger Finanzplatz, gehört nicht dazu. Sie ist auf die Einladung durch andere angewiesen. Sie hat solche Einladungen erhalten, jüngst von Indien, davor von Deutschland, Japan, aber auch schon Russland und China.

Ein souveränes Europa

Eine multipolare Welt der Hegemone, die auf Nichteinmischung pochen, und ein System der

Ad-hoc-Koalitionen, das den Mächtigen in die Hand spielt: In einer solchen Welt hat die Schweiz wenig zu gewinnen.

Im Grunde hat sie zwei Optionen: Unabhängig, eigenständig und «souverän» zu bleiben und damit zum Spielball der Mächtigen zu werden, oder aber Teil und somit aktives Mitglied in einem geographisch und ideell naheliegenden Club zu werden – wobei die EU und, angesichts der Bedrohungslage, die NATO auf der Hand liegen.

Ich benenne diese zwei Optionen vollkommen emotionsfrei. Weil ich meine, dass wir sie in der Schweiz diskutieren müssen: ohne die Polemik der Nationalkonservativen, und ohne die Euphorie der Utopisten. Und auch nicht mit dem Zaudern des Bundesrats. Notwendig ist vielmehr ein nüchternes Risikokalkül: ein realistisches Abwägen von Chancen und Risiken, Kosten und Nutzen. Dazu gehört auch, sich noch einmal daran zu erinnern, was uns so reich, so erfolgreich und so wohlhabend gemacht hat. Es sind ein Markt, der grösser ist als das Land, und ein System, das Mitbestimmung erlaubt – als Demokratie, beruhend auf Föderalismus und dem Prinzip der Subsidiarität.

Sollten sich die geopolitischen Spannungen nicht in einer neuen internationalen Minne auflösen – und davon ist auszugehen – wird sich Europa positionieren müssen. Um geeint zu sein, wird es eine stärkere Führung, aber auch demokratischere Prozesse brauchen. Förderalismus und Subsidiarität werden es möglich machen, eine gewisse mitgliedstaatliche Souveränität zu erhalten. Dies schliesst jedoch einen gewissen Souveränitätstransfer im klassischen Sinne nicht aus: die Delegation des Entscheids in wichtigen, vor allem nach aussen gerichteten Fragen an die nächsthöhere Ebene.

Es ist kaum vorstellbar, dass die Schweiz von möglichen Verwerfungen auf diesem Kontinent einfach unberührt bleibt. Die Schweiz müsste einer solchen Entwicklung deshalb nicht nur nicht abgeneigt sein, sondern sich vielmehr aktiv in eine solche Ausgestaltung einbringen wollen, und zwar in ihrem ureigensten Interesse.



Referent:innen

Joachim Adler, Dr.», ist seit August 2022 Chef Verteidigungspolitik und Einsätze und seit Januar 2023 stellvertretender Chef Sicherheitspolitik im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS. Zuvor war er erst im Armee-stab tätig und dann als Schweizerischer Verteidigungsattaché in London, akkreditiert im Vereinigten Königreich, Irland und in den Niederlanden. Joachim Adler hat Philosophie und Vergleichende Germanische Linguistik in Zürich studiert. In Zürich und Oxford promovierte er in analytischer Philosophie.

Luzi Bernet ist seit 2022 Korrespondent der NZZ in Italien. Zuvor war er seit 2010 in verschiedenen Funktionen für die NZZ tätig. Von 2017 bis 2021 führte er als Chefredaktor die «NZZ am Sonntag» deren Inlandchef er während Jahren war. 2022 erschien sein Buch «Das Schweiz-Dilemma» über 30 Jahre Schweizer Europapolitik vom EWR-Nein bis zum Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen. Luzi Bernet hat an der Universität Zürich Geschichte und Staatsrecht studiert.

Samantha Besson, Prof. Dr.», est titulaire de la chaire Droit international des institutions au Collège de France et professeure de droit international public et de droit européen à l'Université de Fribourg. Elle est membre associée de l'Institut de droit international et co-préside le groupe de travail de l'Association du droit international (ILA) sur le droit international des organisations régionales dont l'Union européenne. Elle travaille notamment sur la souveraineté internationale des Etats et autres institutions publiques, et les rapports entre souveraineté populaire et souveraineté institutionnelle.

Jeremy Borel ist Vizepräsident der Jungen Grünliberalen Partei Schweiz. Er studiert Philosophie und Linguistik an der Faculté des Lettres der Universität Genf. Jeremy Borel engagiert sich für liberale Werte und für eine nachhaltige Schweiz. Föderalismus und eine gemeinschaftlich orientierte Weise, Politik zu machen, bilden den Kern der politischen Vision, die er und die seine Partei für die Schweiz haben.

Konstantinos Boulouchos, Prof. em. Dr.», ist emeritierter Professor am Institut für Energietechnik der ETH Zürich, Präsident der Energiekommission der

Akademien Schweiz und Mitglied des Energy Steering Panel der Europäischen Akademien der Wissenschaften. Seine Forschungsinteressen kreisen um die Analyse und optimale Gestaltung von Energiesystemen. In diesem Zusammenhang war er auch Gründungsdirektor des interdisziplinären Energy Science Center der ETH Zürich und Leiter des Schweizer Kompetenzzentrums für Mobilität.

Elisabeth Bürgi Bonanomi, Dr. iur.», ist Rechtsanwältin und leitet den Bereich «Nachhaltigkeitsgouvernanz» am Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern. In ihrer Forschung untersucht sie, wie Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene angepasst werden können, um nachhaltige Prozesse zu stärken und global gerechte Ergebnisse herbeizuführen. Ein besonderer Forschungsschwerpunkt liegt auf dem internationalen Agrar- und Rohstoffhandel und transnational agierenden Unternehmen.

Patrick Dümmler, Dr.», ist Forschungsleiter und Mitglied der Geschäftsleitung bei Avenir Suisse. Thematische Schwerpunkte seiner Publikationen bei Avenir Suisse sind die Handels-, Agrar-, Klima- und Energiepolitik. Er studierte Volkswirtschaft an der Universität Zürich und doktorierte an der ETH Zürich. Nach über zehn Jahren in der Strategieberatung und Leitung eines Vereins zur Förderung der Medizintechnik-Exporte ist Patrick Dümmler seit 2015 für Avenir Suisse tätig.

Barbara Egger-Jenzer ist Fürsprecherin und praktizierte als selbständige Anwältin mit eigener Kanzlei bis zu ihrer Wahl in den Regierungsrat des Kantons Bern im Jahre 2002. Von 1994 bis 2002 war sie Grossrätin und 2001/02 Präsidentin des Grossen Rates des Kantons Bern. Ab 2002 war sie als Regierungsrätin Vorsteherin der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern. Nach ihrem Rücktritt 2018 wurde sie in den Verwaltungsrat der KWO und an der GV 2020 zur Verwaltungsratspräsidentin gewählt.

Manfred Elsig, Prof. Dr.», ist Professor für Internationale Beziehungen, stellvertretender Geschäftsführer und Forschungsdirektor des World Trade Institute der Universität Bern. Seine

Forschung fokussiert auf Herausforderungen in der internationalen politischen Ökonomie und befasst sich mit Handels- und Investitionsverträgen, internationalem Recht, Beziehungen zwischen den USA und der EU, sowie privaten Akteuren in der globalen Politik. Manfred Elsig studierte an den Universitäten Bern und Bordeaux Politikwissenschaft und promovierte an der Universität Zürich mit einer Dissertation über die Handelspolitik der Europäischen Union.

Tobias Frehner ist seit 2021 Präsident der Berner Jungfreisinnigen. Gleichzeitig setzt er sich als Präsident des Jungen Burgerrats Bern für die politischen Interessen der jungen Generation innerhalb der Burgergemeinde Bern ein. Als Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Kanton Bern und des Vorstandes der Jungfreisinnigen Schweiz engagiert er sich auch ausserhalb der Nachwuchsorganisation und des Kantons für eine erfolgreiche Zukunft des Freisinns. Tobias Frehner arbeitet aktuell als Chef vom Dienst bei Swisscom.

Katja Gentinetta Dr.», ist promovierte politische Philosophin. Sie blickt auf eine lange Karriere als Führungskraft in Kultur, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zurück. Seit über 10 Jahren arbeitet sie als selbständige Publizistin, Universitätsdozentin sowie in strategischen Führungspositionen. Katja Gentinetta war langjährige Wirtschaftskolumnistin der NZZ am Sonntag und schreibt heute regelmässig für das Magazin «Pragmaticus». Während je vier Jahren moderierte sie die «Sternstunde Philosophie» und die «NZZ Standpunkte» am Schweizer Fernsehen.

Georg Häsler arbeitete von 2002 bis 2018 für das Schweizer Fernsehen – unter anderem als Autor und Produzent für die Sendungen «Schweiz aktuell» und «Rundschau». Nachdem er SRF-Korrespondent für den Westbalkan mit Sitz in Belgrad gewesen war, wechselte er 2018 ins Bundeshaus. Seit 2020 ist er Mitglied der NZZ-Redaktion und betreut dort als Militärexperte das Dossier Sicherheitspolitik und Sicherheit. Georg Häsler ist Oberst der Schweizer Armee.

André Holenstein, Prof. em. Dr.», war von 2002 bis 2023 ordentlicher Professor für ältere Schweizer Geschichte und vergleichende Regionalgeschichte

an der Universität Bern. Letzte Buchveröffentlichungen: «Mitten in Europa. Verflechtung und Abgrenzung in der Schweizer Geschichte», 2014 (3. Aufl. 2021; mit Patrick Kury und Kristina Schulz), «Schweizer Migrationsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart», 2018 (2. Aufl. 2021; mit Thomas Cottier), «Die Souveränität der Schweiz in Europa», 2021.

Christoph König ist Stv. Staatssekretär und Leiter der Abteilung Planung und Strategie im Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF. Bevor er 2014 zum SIF stiess und dort in unterschiedlichen Funktionen als Sektionsleiter tätig war, arbeitete er bei der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) im internationalen Bereich und als Botschaftsrat für Finanzdienstleistungen, Binnenmarkt und Wettbewerb auf der Mission der Schweiz bei der Europäischen Union in Brüssel.

Andreas Missbach, Dr.», ist Historiker, hat eine Dissertation über die Klimapolitik der Vereinten Nationen verfasst und war von 2001 bis 2021 bei der Erklärung von Bern (EvB) bzw. Public Eye in verschiedenen Funktionen tätig, zuletzt als Teil der Geschäftsleitung und Leiter der Abteilung Rohstoff – Handel – Finanzen. Er war auch massgeblich an der Konzernverantwortungsinitiative beteiligt, unter anderem als Mitglied des Initiativkomitees.

Roger Nordmann ist seit 2004 Nationalrat, von 2015 bis 2023 war er SP-Fraktionspräsident. Er gehört der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie an, die er von 2017 bis 2023 präsidierte. Roger Nordmann studierte an den Universitäten Bern und Bologna Politik- und Wirtschaftswissenschaften.

Beat Rieder kandidierte 2015 für die CVP Oberwallis erfolgreich für den Ständerat und wurde 2019 wiedergewählt. Seine politischen Schwerpunkte sind Tourismus, Energie, Wirtschaft und Finanzen. Er war Grossrat im Kanton Wallis, Fraktionspräsident der CVP Oberwallis und Talratspräsident Lötschental. Beat Rieder arbeitet als Advokat und Notar in einer von ihm mitgeführten Kanzlei in Brig.

Jörg Spicker, Dr.», ist seit 2017 Senior Strategic Advisor bei Swissgrid. Zuvor war er mehrere Jahre als Leiter der Business Unit Market Mitglied der Ge-

schaftsleitung von Swissgrid. Er ist seit über 30 Jahren in der Energiebranche tätig und übte dabei verschiedene Funktionen in Deutschland und in den USA aus. Jörg Spicker ist Diplom-Physiker und verfügt über einen Dokortitel in Astrophysik.

Aline Trede studierte Umweltnaturwissenschaften an der ETH in Zürich. Sie arbeitete beim Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) als Kampagnenleiterin und vertrat von 2013 bis 2015 die Grünen Kanton Bern im Nationalrat. Seit 2018 ist sie erneut Nationalrätin. Im April 2017 schloss sie ein CAS in BWL für Führungskräfte ab und gründete ihre Firma Kampagnerei – die #Projektfabrik. Seit 2022 ist die Firma eine GmbH unter dem Namen Büro Albatros.

Fabio Wasserfallen, Prof. Dr.», ist Professor für Europäische Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Nach der Promotion an der Universität Zürich war er unter anderem Gastforscher in Harvard, Princeton und der University of California in San Diego. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Europäische Integration, Institutionen und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union, Beziehung Schweiz-EU, Föderalismus und direkte Demokratie.

Oliver Zimmer, Prof. Dr.», war von 2005 bis 2021 Professor für Moderne Europäische Geschichte an der Universität Oxford, wo er sich vor allem mit der Politik- und Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts beschäftigte. Seit Januar 2022 ist er Forschungsdirektor am Center for Research in Economics, Management and the Arts CREMA. Gegenwärtig arbeitet Oliver Zimmer an einer Geschichte der Epistokratie seit der Reformation, die 2025 in englischer Sprache erscheint.

Moderator

Markus Mugglin ist freischaffender Journalist und Ökonom. Seine thematischen Schwerpunkte umfassen EU, Globalisierung und die Beziehung Schweiz – EU. Er arbeitete während 25 Jahren für das Schweizer Radio SRF, zuletzt als Redaktionsleiter von «Echo der Zeit», vorher u.a. als Uno-Korrespondent und EU-Korrespondent. Von 1977 bis 1982 war er Redaktor beim «Informationsdienst 3. Welt». Markus Mugglin ist Autor von «Draussen und doch drinnen, Fakten zu Schweiz – EU» (2020) und Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik.

Projektgruppe

Sarah Beyeler, Dr.», Forum für Universität und Gesellschaft

Thomas Cottier, Prof. em. Dr.», Universität Bern, World Trade Institute (WTI)

André Holenstein, Prof. em. Dr.», Universität Bern, Historisches Institut

Christian Leumann, Prof. Dr.», Rektor der Universität Bern

Marcus Moser, Lic. phil.», Geschäftsleiter, Forum für Universität und Gesellschaft

Regula Rytz Ehem. Nationalrätin Grüne Partei Vizepräsidentin Forum für Universität und Gesellschaft

Rudolf Strahm, Dr. h.c.», Ehem. Nationalrat SP

Hans Werder, Dr.», Ehem. Generalsekretär UVEK

Interessiert an den
Aktivitäten des
Forums für Universität
und Gesellschaft?
Besuchen Sie unsere Webseite:
www.forum.unibe.ch



Themenhefte vermitteln einen Überblick über die jeweiligen Forumsveranstaltungen.
Sie sind online auf unserer Webseite abrufbar: www.forum.unibe.ch/publikationen

Impressum

Themenheft 2024 / 11. Ausgabe

Herausgeber

Forum für Universität und Gesellschaft
Präsidentin: Prof. Dr. Virginia Richter
Geschäftsleiter: Lic. phil. Marcus Moser

Redaktion

Dr. Sarah Beyeler (sarah.beyeler@unibe.ch)
Lic. phil. Marcus Moser (marcus.moser@unibe.ch)

Bildnachweise

Titelbild: Relief Schweiz © Freepik (Fotomontage: Christa Heiner), Seiten 2–5, 8–13, 16/17, 20–23, 26–31, 34–41, 43, 47: © Stefan Wermuth, Seiten 6/7: © Collections du Mobilier national, Fotografin Isabelle Bideau, Seiten 14/15: © Armasuisse. Bundesamt für Rüstung, Seiten 18/19: © Patrik Walde, Seiten 24/25: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Comet Photo AG, Zürich (Com_F69-15813 / Lizenz: CC BY-SA 4.0), Seiten 32/33: © Pazit Polak (Lizenz: CC BY-3.0)

Layout

Christa Heiner

Geschäftsstelle

Forum für Universität und Gesellschaft
Hochschulstrasse 6
3012 Bern
Telefon +41 31 684 45 66
info.fug@unibe.ch
www.forum.unibe.ch

Elektronische Ausgabe

© alle Rechte vorbehalten
ISSN 2624-568X

Mit freundlicher Unterstützung der
Stiftung Universität und Gesellschaft

Spendenkonto der Stiftung Universität und Gesellschaft:
CH39 0079 0042 9374 8157 5



Forumsgespräche 2024

Die Arbeitswelt im Wandel

14., 28. August und 11. September 2024

Eintritt frei, Anmeldung und Details unter www.forum.unibe.ch/arbeit



Forum

für **Universität und Gesellschaft**

Universität Bern



Veranstaltungsreihe 2024/25

Menschliche Erkenntnis in der Ära künstlicher Intelligenz

2. und 23. November 2024,
18. Januar und 15. Februar 2025

Eintritt frei, Anmeldung und Details unter www.forum.unibe.ch/kuenstlicheintelligenz